

Aachener Zeitung

DIENSTAG, 28. JUNI 2022 · 77. JAHRGANG

Ärger in der Gastronomie

Wenn Gäste ohne abzusagen wegbleiben

Region & NRW

Deutscher Buchhandel

Friedenspreis für den ukrainischen Schriftsteller Serhij Zhadan

Kultur

Vor 20 Jahren

Das Aus für das DDR-Geld

Wirtschaft

Reserviert

Nummer 147

www.aachener-zeitung.de

1,90 Euro

AACHEN

Promis, Volksfest und die besten Reiter

Der CHIO ist zurück in der Aachener Soers, das komplette Programm, ohne Einschränkungen. Es werden volle Ränge erwartet und großer Sport. Heute Abend geht es um 20 Uhr mit der Eröffnungsfeier los, die als Spektakel angekündigt wird. Zur Media Night werden viele Promis erwartet. Und dann geht es um den Spitzenreitersport. Aus den Top 20 im Springreiten sind 16 Reiterinnen und Reiter vertreten. Es wird weitere Flutlicht-Wettkämpfe geben und einen neuen CHIO-Song. > Lokales

WETTER



24° max Tag

13° min Nacht

> Bunte Seite

TELEGRAMME

Baumgarts Vertrag in Köln bis 2024 verlängert

KÖLN Der 1. FC Köln hat den Vertrag mit Trainer Steffen Baumgart vorzeitig um ein weiteres Jahr bis zum 30. Juni 2024 verlängert. Das teilte der Club vor dem ersten Training der neuen Saison mit. „Wir waren schon länger klar miteinander. Aber wir haben bewusst gewartet, bis alle da sind. Wichtig ist, dass wir nicht nur Erfolg hatten, sondern auch Spaß“, sagte Baumgart: „Ich bin sicher: Das Projekt ist noch nicht zu Ende.“ Geschäftsführer Christian Keller erklärte: „Auch, wenn die Nachricht erwartet war, bleibt sie sehr positiv. Alle haben sich gefreut. Alle Spieler und alle Mitarbeiter, weil Steffen mit der zentrale Mensch dafür war, dass der FC so attraktiven Fußball spielt.“ (dpa) > Sport

Mittwoch fallen Urteile im Pariser Terrorprozess

PARIS Der Horror und die Angst der Überlebenden der Pariser Anschläge standen wochenlang im Zentrum des Prozesses um die Terrornacht vom November 2015. Ebenso wie der schwere Weg in ein Leben danach, auch für die Angehörigen. Ihnen gegenüber saßen im massiv gesicherten Pariser Justizpalast 14 Angeklagte, die meist schwiegen. Sechs weiteren Männern wird der Prozess in Abwesenheit gemacht. Antworten auf die Fragen des Warum, wie Menschen anderen so etwas antun können, gibt es kaum. Offengeblieben sind zudem Fragen zu Strippenziehern und weiteren Plänen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Am Mittwoch sollen die Urteile fallen. (dpa) > Politik

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr
www.aachener-zeitung.de/kontakt



RUDI CERNE



TV-Fahnder seit mehr als 20 Jahren

Es ist ein Klassiker im Fernsehen, und seit mehr als 20 Jahren moderiert Rudi Cerne die Sendung „AktENZEICHEN XY ... ungelöst“. Der 63-Jährige erinnert sich im AZ-Interview, dass viele die Nase rümpften bei seinem Start und glaubten, da werde eine Sendung an die Wand gefahren ... > MEDIEN

Rekordzahl bei Kirchenaustritten

359.338 Katholiken treten allein 2021 aus. Bischof Georg Bätzing: „Es ist nichts schönzureden.“ Auch die Zahl der katholischen Priester geht um mehr als 2000 deutlich zurück.

VON BRITTA SCHULTEJANS UND CHRISTOPH DRIESSEN

BONN Es sind für die katholische Kirche dramatische Zahlen: Im vergangenen Jahr sind so viele Menschen ausgetreten wie noch nie. 359.338 Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken, wie die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) am Montag in Bonn mitteilt. Das sind fast 86.600 mehr als im bisherigen Rekordjahr 2019.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Georg Bätzing, zeigt sich „zutiefst erschüttert über die extrem hohe Zahl von Kirchenaustritten“. Sie sei Zeugnis einer „tiefgreifenden Krise, in der wir uns als katholische Kirche in Deutschland befinden“, sagt er. „Die Skandale, die wir innerkirchlich zu beklagen und in erheblichem Maße selbst zu verantworten haben, zeigen sich in der Austrittszahl als Spiegelbild“. Es sei „nichts schönzureden“.

Deutliche Worte findet auch der Würzburger Bischof Franz Jung. Er sei verärgert und enttäuscht über „das problembeladene Bild, das wir als Kirche abgeben – in Deutschland, im Vatikan und in der Weltkirche. Es darf niemanden verwundern, dass

derzeit viele Menschen der Kirche das Vertrauen entziehen und auch unserem guten Tun die Zustimmung versagen.“

Der nicht enden wollende Skandal um sexuellen Missbrauch und dessen Vertuschung lässt die katholische Kirche auch nach mehr als einem Jahrzehnt nicht los. Immer neue Enthüllungen und Erkenntnisse erschüttern die Gläubigen – und der Glaube an Reformen schwindet bei vielen.

Ein „Woelki-Tsunami“

„Der dramatische Erosionsprozess in der katholischen Kirche schreitet ungehemmt voran“, sagt der Münsteraner Theologe und Kirchenrechtler Thomas Schüller dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Er spricht auch von einem „Woelki-Tsunami“ mit Bezug auf die langwierige Debatte um den umstrittenen Kölner Erzbischof. Das „indiskutable Leitungshandeln des Kölner Kardinals Rainer Woelki im Umgang mit sexualisierter Gewalt und ihren Betroffenen in der Kirche sowie sein verschwenderischer und weithin rechtlich fragwürdiger Umgang mit Kirchenvermögen für zweifelhafte Zwecke“ habe sich

„unmittelbar auch auf alle anderen 26 Diözesen ausgewirkt“.

Die katholische Kirche zählte Ende 2021 deutschlandweit nur noch 21.645.875 Mitglieder – das macht 26 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Und von denen geht lediglich ein Bruchteil am Sonntag in die Kirche: Nur noch 4,3 Prozent der Katholiken besuchten 2021 regelmäßig einen Gottesdienst. Im Jahr davor waren es noch 5,9 Prozent.

Inzwischen träten auch viele Menschen aus der Kirche aus, die sich ihr eigentlich verbunden fühlten, sagt Bätzing. „Es gibt keine Selbstverständlichkeiten mehr für uns als katholische Kirche. Wir müs-

sen uns neu erklären, erläutern, was wir tun und warum wir es machen.“ Aus Sicht der Reformbewegung „Wir sind Kirche“ zeigen die Zahlen, „wie schlecht es um das Vertrauen des Kirchenvolks in die Kirchenleitung bestellt ist“.

Und eine kurzfristige Trendumkehr ist mehr als unwahrscheinlich. Die nun vorgelegten Zahlen aus 2021 spiegeln noch nicht einmal die Erschütterung wider, die die katholische Kirche in Deutschland nach dem Münchner Missbrauchsgutachten im Januar dieses Jahres erlebte. Die Auswirkungen der Studie werden sich erst in der Kirchenstatistik niederschlagen, die im kommenden Jahr veröffentlicht wird.

Ein Blick in das traditionell katholische Bayern zeigt, dass für das laufende Jahr ein weiterer Negativrekord droht: „Wir hatten so viele Kirchenaustritte wie noch nie“, sagt der Sprecher des Kreisverwaltungsreferats München, Johannes Mayer.

Die evangelische Kirche hatte ihre Mitgliederzahlen schon im März bekannt gegeben. Ende 2021 zählte sie noch 19.725 Millionen Mitglieder – ein Rückgang von 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Schuld daran vor allem: 280.000 Kirchenaustritte.

ZAHLEN AUS NRW

12.684 Austritte im Bistum Aachen

Den aktuellen Zahlen zufolge ist in NRW noch gut jeder Dritte der rund 18 Millionen Einwohner katholisch. Im Bistum Münster traten 19.742 Menschen aus, im Erzbistum Paderborn 16.310, im Bistum Aachen 12.684 und im Bistum Essen 9.133. (kna)

G7: Hilfe für Kiew und neue Sanktionen gegen Moskau

Die Gipfel-Runde sichert auf Schloss Elmau der Ukraine zu, „einen internationalen Wiederaufbauplan zu unterstützen“.

ELMAU Die G7-Staaten um Kanzler Olaf Scholz (SPD) haben der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg anhaltende Unterstützung zugesichert und weitere Sanktionen gegen Moskau in Aussicht gestellt. „Wir werden weiterhin finanzielle, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung leisten und stehen an der Seite der Ukraine so lange wie nötig“, hieß es am Montag in einem Statement der führenden demokratischen Wirtschaftsmächte beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau. So wollen die Staats- und Regierungschefs der Gruppe den Druck auf Russlands Präsidenten Wladimir Putin weiter erhöhen.

Zur G7 gehören neben Deutschland die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan.

Zudem nehmen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel an dem bis heute dauernden Treffen teil.

„Harte Entscheidungen“

Scholz, der den Vorsitz der G7-Runde hat, schrieb auf Twitter, man stehe „geschlossen an der Seite der Ukraine“ und werde sie weiter unterstützen. „Dafür müssen wir harte, aber notwendige Entscheidungen treffen.“ Der Kanzler versprach: „Wir werden den Druck auf Putin weiter erhöhen. Dieser Krieg muss enden.“ Scholz dankte dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der zur Arbeitssitzung der Staats- und Regierungschefs am

Vormittag zugeschaltet war. Selenskyj wiederum bedankte sich nach Angaben aus Teilnehmerkreisen in der Schalte für die Entscheidung, seinem Land den Kandidatenstatus für den EU-Beitritt zu erteilen. Er machte demnach deutlich, dass er auf ein Ende des Kriegs noch in diesem Jahr hofft. Für Kiew sei eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland wichtig.

Im Mittelpunkt neuer Sanktionen sollen laut G7-Erklärung die Rüstungsindustrie und der Technologiesektor stehen. „Wir sind entschlossen, Russlands Einnahmen, auch aus Gold, zu reduzieren“, hieß es in dem Papier. Weitere Details wurden nicht genannt.

Das Weiße Haus teilte beim Gipfel mit, die Maßnahmen richteten sich

unter anderem gegen militärische Produktions- und Lieferketten. Die USA würden in Abstimmung mit den G7-Staaten Sanktionen gegen Hunderte weitere Personen und Institutionen erlassen sowie Strafzölle auf zahlreiche russische Produkte erheben. US-Präsident Joe Biden hatte am Sonntag angekündigt, die G7 würden ein Importverbot für Gold aus Russland verhängen.

Mehr für den Klimaschutz

Die G7 sicherte der Ukraine Unterstützung beim Wiederaufbau zu. Man sei „bereit, einen internationalen Wiederaufbauplan zu unterstützen“, der von der Ukraine in enger Abstimmung mit bilateralen und multilateralen Partnern ausge-

Koalitionsvertrag ist besiegelt, Wüst vor Wiederwahl

DÜSSELDORF Der erste schwarz-grüne Koalitionsvertrag Nordrhein-Westfalens ist besiegelt: Am Montag haben die Spitzen von CDU und Grünen den am Wochenende von beiden Parteien gebilligten Koalitionsvertrag unterschrieben. Gut sechs Wochen nach der Landtagswahl steht damit der Wiederwahl von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) an diesem Dienstag praktisch nichts mehr im Weg. CDU und Grüne haben zusammen 115 von insgesamt 195 Mandaten und damit ein bequemes Polster über der erforderlichen absoluten Mehrheit. (Inw) > Region & NRW

Nato will Zahl der Eingreifkräfte drastisch erhöhen

BRÜSSEL Die Nato will die Zahl ihrer schnellen Eingreifkräfte von rund 40.000 auf mehr als 300.000 erhöhen. Wie Generalsekretär Jens Stoltenberg am Montag vor dem Nato-Gipfel in Madrid ankündigte, soll dazu die Eingreiftruppe NRF umgebaut werden. Diese ist wegen der Spannungen mit Russland seit Monaten in Alarmbereitschaft. Der geplante Umbau der NRF ist Teil eines neuen Streitkräfte-Modells für das gesamte Bündnisgebiet. Dieses sieht mehr Kräfte in hoher Bereitschaft vor. Zudem sollen Kräfte auch bestimmten Gebieten zugeordnet werden. (dpa) > Die Seite Drei

EU-Minister: Gasspeicher bis zu 80 Prozent füllen

LUXEMBURG Die Energieminister der EU-Länder haben sich auf eine Vorgabe zum Auffüllen der Gasspeicher in der EU zu 80 Prozent bis zum 1. November geeinigt. Damit solle sichergestellt werden, „dass die Gasspeicherkapazitäten in der EU trotz der Störungen auf dem Gasmarkt vor dem Winter aufgefüllt werden“, teilten die Mitgliedstaaten am Montag in Luxemburg mit. Im Streit um das geplante Aus für Verbrennungsmotoren zeichnete sich derweil vorerst keine Lösung ab. (afp) > Politik

arbeitet werde. Ziele seien ein nachhaltiger und grüner wirtschaftlicher Aufschwung, starke demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung.

Die G7-Runde vereinbarte mit den Gastländern gemeinsame Anstrengungen für den Klimaschutz. Laut einer entsprechenden Erklärung soll die Umstellung auf Klimaneutralität vorangetrieben werden. Gleichzeitig soll Energiesicherheit sichergestellt werden. Erneuerbare Energien sollen ausgebaut werden, Kohle soll immer weniger zum Einsatz kommen, wobei sowohl Umwelt-Faktoren als auch soziale Aspekte beachtet werden wollen. Dabei wollen die Unterzeichnerstaaten auf Energiepartnerschaften setzen. (dpa) > Die Seite Drei/Meinung